

„Blinde“ Ortsbegehung

Sie stehen am Bahnhof in einem fremden Ort und möchten zum Rathaus und das Ganze ohne optische Orientierungsmöglichkeit.

Unmöglich?

Genau das war die Ausgangsbasis für ein Projekt in unserer Gemeinde.

Bürgermeisterin, Sozialreferentin und eine Mitarbeiterin der Verwaltung begrüßten am 13.11.13 eine blinde Teilnehmerin und einen schwer sehbehinderten Teilnehmer zu einer Ortsbegehung.

Wir setzten Brillen auf, die unser Sehfeld drastisch einschränkten. Zusätzlich behinderte ein Rollator unsere Mobilität. So „ausgerüstet“ ging es nach einer kurzen Einführung zusammen mit unseren Gästen los:

Vom Rathaus zur Musikschule und dann zur Bücherei. Mit solchen Handicaps waren auch wir für jede Orientierungsmöglichkeit dankbar und verstanden schnell:

Barrierefrei kann nicht heißen: alles völlig eben, ohne jede Schwelle. Ideal sind 3 cm hohe Schwellen für Blinde, die sie mit dem Blindenstock tasten können.

So sensibilisiert fielen uns weitere Schwachpunkte auf: zu kurze Handläufe an Treppen, Druckknöpfe am Lift, die man nur schwer tasten kann, fehlende akustische Ansagen für Stockwerke.

Auch in fremder Umgebung finden sich Sehbehinderte zurecht, wenn zusätzlich angebrachte Leitstreifen auf den

Gehwegen zu öffentlichen Gebäuden weisen. Diese Ergebnisse werden zusammengetragen und sollen schrittweise umgesetzt werden.

Ein bekannter Alltagsweg wurde plötzlich zum Problem: ich ging unsicher, langsam, vorsichtig.

Das war für mich eine beeindruckende Erfahrung.

Karin Detsch



Seitenblick

Planegg

SPD

Was passiert hier eigentlich? Da ist ein Planegger CSU-Mitglied Vorsitzende einer Bürgerinitiative, die in Großanzeigen gegen den Beschluss der eigenen Partei zur Ortsumfahrung Martinsried massiv Stimmung zu machen versucht. Und was tut diese Partei? Nichts! Man hört keinen Protest, niemand verwehrt sich gegen unrichtige Behauptungen, ihre gesamten Parteifreunde schweigen! Weshalb kandidiert diese Dame eigentlich nicht auf der Liste ihrer Partei für den Gemeinderat? Aber vielleicht hat die Planegger CSU ja Angst davor, sich mit der Parteifreundin auseinanderzusetzen zu müssen.

Bernd Gropper

*Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen,
sondern möglich machen.
Antoine de Saint-Exupéry*

Annemarie Detsch, die Planegger SPD und ihre Kandidatinnen und Kandidaten für den Gemeinderat wünschen Ihnen ein gesundes, erfolgreiches und glückliches 2014!



SPD-Zeitung für Planegg

der Würmkauz

Nr. 87

Nachrichten der SPD Planegg

Dezember 2013

Ortsumfahrung Martinsried - Grundsatzbeschluss gefasst!

Mit deutlicher Mehrheit hat sich der Gemeinderat für eine Ortsumfahrung Martinsried westlich der Garagen an der Röntgenstraße bis zur verlängerten Lena-Christ-Straße (sogenannte Gewerbetrasse) ausgesprochen.

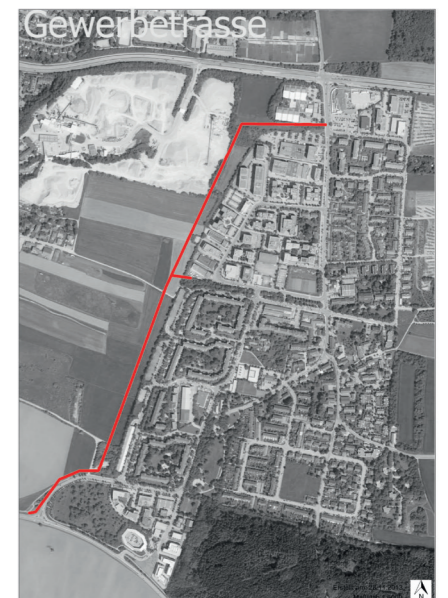
Damit ist der Weg frei für eine konkrete Planung.

Das Schreckgespenst einer Staatsstraße 2063 neu mit Autobahnananschluss und einer großen Verkehrsmehrung im gesamten Würmtal ist endlich vom Tisch. Der Freistaat hat mit Einverständnis der Gemeinde Gräfelfing mitgeteilt, dass die Planfeststellung eingestellt werden soll. Dieses Planfeststellungsverfahren hat die Gemeinde Planegg seit vielen Jahren daran gehindert, eigene Planungen zur Umfahrung Martinsrieds voranzutreiben. Mit dem richtungsweisenden Beschluss aus dem Jahr 2009, in dem der Gemeinderat mehrheitlich den Bau der St2063 neu abgelehnt hat, und dem Bürgerentscheid der Gemeinde Gräfelfing im Frühjahr diesen Jahres wurde nun der Weg frei für gemeindliche Planungen auf Basis des vom damaligen Bürgermeister Alfred Pfeiffer aufgestellten Bebauungsplans Nr. 45 für eine gemeindliche Umgehungsstraße.

Wie weit soll die Umfahrung gehen, das war nun die kontroverse Diskussion im Gemeinderat und auch in der Bevölkerung. Reicht es, bis zur Fraunhofer Straße zu umfahren, und

dann den Verkehr durch das Gewerbegebiet zu lenken? Kann diese Straße den Mehrverkehr aufnehmen und was passiert dann mit der Lochhamerstraße? Nach einem intensiven Abwägungsprozess fiel die Entscheidung zu Gunsten einer Umfahrung auch entlang des Gewerbegebietes, da nur so auch die Anwohner der Lochhamer Straße eine Entlastung bekommen können. Auch die Pasinger Straße wird durch diese Variante entlastet. Allerdings wird zusätzlicher Verkehr auf der Münchner Straße erwartet. Welche Maßnahmen hier Abhilfe schaffen können, wird nun zusätzlich untersucht.

Viele Martinsrieder Bürgerinnen und Bürger wünschen sich endlich eine Ortsumfahrung, die ihnen seit Jahrzehnten versprochen wurde, und eine schöne Ortsmitte. Die Ortsmitteplanung wurde unabhängig vom Verkehr mit einer großen Bürgerbeteiligung auf den Weg gebracht, mit einem wirklich positiven Ergebnis und einer einstimmigen Zustimmung im Gemeinderat. Nun haben wir die Chance, auch den Verkehr außerhalb der Wohnbebauung vorbei zu leiten. Dabei ist der Lärmschutz ebenso zu beachten wie die Tatsache, dass wir damit keine neue Durchgangsstraße schaffen wollen. Deshalb lehnen wir auch eine durchgängige Straße von der Würmtalstraße zur Münchner Straße nach wie vor entschieden ab. Bei der Planung wird ein Kreisverkehr an der Einmündung zur Fraunhoferstraße berück-



sichtigt und ein Kreisverkehr an der Münchner Straße wird untersucht. Der nächste entscheidende Schritt ist es, die Grundstücke, die sich überwiegend noch nicht im Gemeindeeigentum befinden, zu erwerben. Dies kann parallel zur Planung im kommenden Jahr erfolgen. Eine Aufgabe nimmt uns aber niemand ab: Das eigene Verkehrsverhalten muss jede und jeder Einzelne von uns selbst unter die Lupe nehmen: Ist wirklich jede Fahrt mit dem Auto notwendig? Kann ich die eine oder andere Fahrt unterlassen und stattdessen das Rad nehmen, zu Fuß gehen oder mit dem Bus fahren? Das können nur Sie selbst entscheiden. Für mich persönlich gilt: Ich nehme das Auto dann, wenn es nicht anders geht.

Annemarie Detsch

Gemeinsam statt einsam – Wohnen für Alt und Jung am Bahnhof Planegg



Die Entwicklung des Bahnhofs- geländes nach Städtebau- lichem Ideenwettbewerb mit Bürgerbeteiligung geht nun in die detaillierte Planungs- und Realisierungsphase.

Nach Abriss der „Eiche“ soll das Ende der Bahnhofstraße zu einem großzügigen Bahnhofplatz mit gegenüberliegenden Bushaltestellen erweitert werden. Die östlichen Parkplätze werden durch eine Erweiterung auf die Westseite der Bahn verlegt. Neben einem Supermarkt sollen dann auf der Ostseite möglichst viele Wohnungen entstehen. Die Planegger SPD hat schon im Wahlprogramm 2008 neue Wohnformen für die ältere Generation wie „Wohngemeinschaften“, „Betreutes Wohnen“ und „Generationenübergreifendes Wohnen“ zu bezahlbaren Preisen gefordert. Nun ist unsere Bürgermeisterin Annemarie Detsch mit dem Gemeinderat auf dem Weg, ein solches Projekt am Bahnhof zu entwickeln.

Dazu fand am 19.11.2013 in der Musikschule Planegg eine Auftaktveranstaltung für die Planegger Bürgerschaft statt unter dem Motto „neue Wohnkonzepte für Alt und Jung am Bahnhof Planegg“. Die Teilnahme war überwältigend – der Saal war voll gefüllt. Von Seiten der Gemeindeverwaltung wurden die Ergebnisse des Ideenwettbewerbs vorgestellt. Anschließend erfuhren die Zuhörer mehr über die unterschiedlichen Rechtsformen für gemeinschaftliches Wohnen durch den Referenten Christian Stupka, Geschäftsführer der WOGENO München und Chef der genossenschaftlichen Immobilienagentur GIMA.

Generationenwohnen kann in Form einer Baugemeinschaft, Mietergemeinschaft oder auch eines Genossenschaftsmodells möglich sein. Hier wohnen ältere und junge Menschen, Familien und Alleinerziehende in einer gemeinsamen barrierefreien Wohnanlage – Menschen, die sich zutrauen, mit der nötigen Offenheit, Hilfsbereitschaft und Toleranz eine neue Form der Gemeinschaft zu gestalten. Die zukünftigen Bewohner werden schon in der Planungsphase einbezogen. Neben dem eigenständigen Wohnraum kann es einen oder mehrere Gemeinschaftsräume mit Kochgelegenheit für vielfältige Aktivitäten und Feste geben. Möglich wäre auch ein buchbares Appartement zur Unterbringung von Besuchern. Um

Autostellplätze einzusparen, könnte alternativ ein Mobilitätskonzept mit Carsharing und E-Bikes überlegt werden.

Mehrgenerationenprojekte sollten grundsätzlich so gestaltet sein, dass gemeinschaftliches Wohnen genauso gefördert wird wie der störungsfreie Rückzug in die eigenen vier Wände. Für das Bahnhofsareal wären 20 bis 30 solcher Wohnungen vorstellbar.

Stupka betonte, dass es Genossenschaften nicht darum geht, mit dem Gut Wohnung zu spekulieren und möglichst hohe Gewinne zu erwirtschaften und abzuschöpfen. Deshalb sind Genossenschaftswohnungen günstiger als vergleichbare Wohnungen auf dem privaten Wohnungsmarkt.

Nun sind die Bürger gefragt, ob ein solches Wohnprojekt erwünscht ist. Es wurden Fragebögen verteilt (auch online oder im Rathaus erhältlich), um den konkreten Bedarf zu erfahren. Nach Auswertung der Fragebögen können die Planungen am Bahnhof fortgesetzt werden und es wäre erfreulich, wenn am Bahnhof Planegg ein bezahlbares Mehrgenerationenwohnen verwirklicht werden könnte.

Ein Wohnen, bei dem die „aktive Nachbarschaft“, die „Gemeinschaft“ und die „gegenseitige Unterstützung“ im Vordergrund steht. – Gemeinsam statt einsam –

Monika Schulz

Nachhaltiges Wachstum für Planegg

Der Ballungsraum München verzeichnet in den letzten Jahren einen großen Bevölkerungs- zuwachs.

Gründe dafür sind neben der guten Lage der Wirtschaft auch die hohe Freizeit- und Lebensqualität der Region: Große Firmen bieten Arbeitsplätze und das Alpenvorland, eine der beliebtesten Urlaubsgegenden Deutschlands, liegt direkt vor der Haustür. Die Zuwanderung macht sich bemerkbar in den Einwohnerzahlen der Städte und Gemeinden, aber auch in steigenden Mieten und einem wachsenden Bedarf an Kinderbetreuung, öffentlichen Verkehrsmitteln und anderer Infrastruktur.

Diese neuen Bedürfnisse schlagen sich auch in erhöhter Bautätigkeit nieder. Neuer Wohnraum muss geschaffen werden, die Firmen benötigen Gewerbeflächen und ein steigendes Verkehrsaufkommen führt zwangsläufig zur Forderung nach neuen Straßen. Doch es besteht auch die Gefahr, dass durch die Umwidmung von unverbauten Flächen in Wohn-, Gewerbe- und Verkehrsflächen der hohe Freizeitwert und die schöne Umgebung in unserer Gegend Schaden nehmen. Als Gemeinde mit Universitätsstandort und in unmittelbarer Nähe zur Landeshauptstadt spüren auch wir in Planegg diese Entwicklungen.

Dabei können wir uns den neuen Erfordernissen nicht gänzlich verschließen. Wollen wir unseren Beitrag zu bezahlbaren Mieten leisten, so brauchen wir mehr Wohnungen. Wollen wir weiterhin gute Arbeitsplätze und solide kommunale Finanzen, so brauchen wir ohne Zweifel Gewerbeflächen. Wollen wir zukunftsfähig sein, so brauchen wir eine starke Wissenschaft mit entsprechenden Einrichtungen. Aber es gibt verschiedene Wege, das Wachstum zu gestalten und genau darin, hier den richtigen Weg zu wählen, liegt die große Herausforderung. Zwar gibt es keine simple Patentlösung zu diesem Problem, aber doch einige grundlegende Prinzipien, die man

beachten sollte. Dazu gehört beispielsweise das Vorgehen bei der Entwicklung von Gewerbeflächen. Der erste Versuch sollte immer sein, bestehende Gewerbeflächen zu verdichten. Leider sind die Möglichkeiten hierzu in Planegg gering, deswegen ist es manchmal nötig, bestehende Gewerbegebiete maßvoll zu erweitern. Die großflächige Schaffung neuer Gewerbegebiete würde einen zu großen Verlust von Erholungs- und Grünflächen bedeuten und das Gesicht unserer Gemeinde zu stark verändern. Die Erweiterung des Gewerbegebietes Steinkirchen beim neuen Kreisverkehr ist hier ein gutes Beispiel. Statt einen neuen Gewerbebestandort zu schaffen, konnte im Endeffekt eine verhältnismäßig kleine Erweiterung eines bestehenden Gewerbegebietes den Bedürfnissen der ansässigen Firmen nach Erweiterung und dem Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach erweiterten Einkaufsmöglichkeiten gerecht werden. Gleichzeitig wurden ökologisch hochwertige Ausgleichsflächen geschaffen, insgesamt ein guter Kompromiss. In anderen Gemeinden, wo in der Vergangenheit großflächig Gewerbe angesiedelt wurde, findet heute teilweise ein Umdenken statt. Ein Beispiel findet sich im östlichen Landkreis Münchens. Erst kürzlich stimmten die Bürger der Gemeinde Feldkirchen gegen die Ansiedlung eines IKEA-Marktes in ihrer Gemeinde. Die zu erwartenden hohen Gewerbesteuererinnahmen konnten die Nachteile des enormen Flächenbedarfs und des zu erwartenden Verkehrsaufkommens in ihren Augen nicht aufwiegen. Auch in Planegg sollten wir in Zukunft jede mögliche Alternative zur Erweiterung von Gewerbeflächen bevorzugen, gerade auch weil Flächen in unserer Gemeinde vergleichsweise knapp sind.

Ähnliches gilt auch für die Wohnbauung. Es hat wenig Sinn, auf der grünen Wiese große Neubaugebiete für Ein- oder Zweifamilienhäuser auszuweisen. Hier entsteht auf unverhältnismäßig viel Fläche nur wenig



Wohnraum, der zudem für viele Planegger Bürger nicht bezahlbar ist. Viel wichtiger ist die Schaffung von Wohnungen an freien Stellen im bestehenden Ortsgebiet, wie zum Beispiel bei der Neugestaltung des Planegger Bahnhofs. Wo in Zukunft neue Wohnungen entstehen, muss auf eine sinnvolle Eingliederung in die bestehende Siedlungsstruktur geachtet werden und die Gemeinde muss Sorge tragen, dass auch weniger gut Betuchte und Einheimische profitieren.

„Wachstum um jeden Preis“ ist auf alle Fälle kein Weg, der zu einer lebenswerten Gemeinde führt. Zu wichtig sind Wälder und Grünflächen als Erholungsmöglichkeiten vor der eigenen Haustür und zu groß ist die Verkehrsproblematik schon jetzt. Der zu Beginn des Artikels erwähnte allgemeine Trend der Bevölkerungszunahme wird aller Voraussicht nach auch auf längere Sicht anhalten. Umso wichtiger ist es, sich bei den anstehenden Entscheidungen in den nächsten Jahren sorgfältig zu überlegen, wie der Spagat zwischen Wachstum und dem Erhalt dessen, was unsere Gemeinde so lebenswert macht, am besten gelingen kann.

Felix Kempf
Gemeinderatskandidat
Listenzettel 4

Planegger SPD stellt Gemeinderatsliste auf



Nachdem die Planegger SPD Annemarie Detsch erneut zu ihrer Spitzenkandidatin für das Amt der Bürgermeisterin nominiert hatte, stellte sie nun ihre Liste für die Gemeinderatswahl am 16. März 2014 auf. 24 Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich für die nächste Amtsperiode gemeinsam mit Annemarie Detsch zur Wahl. Die Liste stellt einen guten Querschnitt durch Planeggs Bevölkerung dar. Die verschiedenen Ortsteile sind vertreten, die Geschlechter paritätisch verteilt und von der Jüngsten (23) bis zum Ältesten (85) ist fast jede Dekade vertreten! Im nächsten Würmkauz stellen wir Ihnen unsere Kandidatinnen und Kandidaten ausführlich vor.

Impressum
Herausgeber:
SPD-Ortsverein Planegg, www.spd-planegg.de
Rudolfstrasse 112, 82152 Planegg
Tel. (089) 18 90 41 98
Redaktion:
birgit Naumann
Fotos: Susanne Simon, Johannes Simon, Gemeinde Planegg, Privat
Layout: birgit Naumann
Druck: Satz-Bild-Grafik, Martinsried
Auflage: 6.000

Annette Ganssmüller-Maluche

SPD Landratskandidatin



AGM: Ich will eine Landrätin sein, die mit den Menschen spricht. Meine Stärke ist gerade der enge Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern. Bei mir muss niemand Hemmungen haben. Ich möchte das stimmige Miteinander von Wirtschaft, Bildungsangeboten, Vereinen und sozialem Engagement im Landkreis sichern. Natürlich gibt es immer Verbesserungsmöglichkeiten.

WK: Haben Sie schon konkrete Themen im Auge?

AGM: Viele! Beispielsweise bei der Energiewende. Staatliches Landratsamt und Kreisbehörde werden unter meiner Führung eine Energiewende aus einer Hand bieten. Ich möchte eine Energieagentur einrichten, die Firmen wie Bürger bei der Umsetzung von Energieanlagen mit Rat und Tat unterstützt. Das Miteinander der Generationen, Stichwort Altersarmut, wird eine große Herausforderung in den nächsten Jahren. Bezahlbarer Wohnraum, Verkehrsverbindungen zwischen den Landkreis-Gemeinden, vor allem auch Lärmschutz ist ein Punkt (wie an Eurer Kreisstraße M 21 mit einem möglichst dauerhaften Tempolimit von 30 km/h zwischen 22 und 6 Uhr), auch eine bessere und einfachere Tarifstruktur beim MVV, Jugendarbeit und Unterstützung junger Familien sind wichtige Themen.

WK: Bei Ihrer Aufstellungsversammlung haben Sie irritiert, weil Sie kritische Worte über Kinderkrippen fanden. Lehnen Sie Krippen ab?

AGM: Natürlich nicht. Mein Sohn Peter kam auch mit einem Jahr in die Krippe. Ich drückte meine Sorge aus, dass unter „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ immer mehr Vereinbarkeit von Beruf verstanden wird, und dass ich die Unterbringung von schon drei Monate alten Babys in Krippen nicht als den Glück bringenden Weg einer Gesellschaft sehe. Dazu stehe ich. Viele Eltern

sind gezwungen, nach der Geburt des Kindes wieder ganztags zur Arbeit zu gehen, obwohl Mutter oder Vater gerne auf halbtags oder andere Zeitmodelle reduzieren würden. Ich halte sehr viel von Betriebskindertagesstätten, die den Familien Nähe und mehr Zeit lassen. Wenn junge Mütter und Väter nur deshalb ganztags arbeiten gehen, um ihren hochwertigen Arbeitsplatz erhalten zu können und immer früher ihre Kinder abgeben müssen, ist das nicht der richtige Weg.

WK: Bringen Sie das nötige Fachwissen für die Aufgaben einer Landrätin mit?

AGM: Unabhängig von meinem langjährigen Engagement als Gemeinde- und Kreisrätin habe ich gerade als Journalistin in den letzten 25 Jahren unzählige Sitzungen in den unterschiedlichsten Gemeinden besonders im Norden und Osten des Landkreises besucht und hier die eigenartigsten Probleme kennengelernt. Von 1990 bis 1996 habe ich auch aus dem Kreistag berichtet und keine Ausschusssitzung versäumt. Kein Bürgermeister hat über seine eigene Gemeinde hinaus diesen Erfahrungshorizont. Das sehe ich als große Chance für meine Arbeit als Landrätin. Wenn es einen Lehrberuf Landrätin gäbe, ich wäre eine typische Vertreterin. Ich habe die Kommunalpolitik von der Pike auf gelernt und bringe mit einer großen Familie auch die persönliche Erfahrung mit.

WK: Ist Ihnen das Würmtal nicht sehr fremd?

AGM: Eine meiner ersten Fahrten als Journalistin mit Kreisräten ging nach Planegg zur Kiesgrube Glück. Damals war die Aufregung groß, weil Asbest belastetes Baumaterial in den aufgelassenen Kiesabbauflächen entsorgt werden sollte. Das ließ dann aber, soweit ich mich erinnere, das neue Immissionsschutzgesetz nicht mehr zu und die Auseinandersetzungen

waren zum Glück umsonst gewesen. Als so langjährige Kreisrätin und Journalistin ist mir kein Gebiet des Landkreises fremd. So habe ich auch die Entwicklung des IZB in Martinsried vom ersten Tag an miterlebt.

WK: Lässt sich ihre journalistische Tätigkeit beim Münchner Merkur mit ihrer Kandidatur vereinbaren?

AGM: Nein. Schon als Gemeinde- und Kreisrätin war meine Arbeit für den Münchner Merkur eine Gratwanderung. Mir wurde aber immer große Fairness und Objektivität auch vom politischen Gegner bescheinigt. Darauf bin ich stolz. Mein kommunalpolitisches Hintergrundwissen wurde geschätzt. Der Landrats-Wahlkampf ist jedoch so herausragend, dass ich mich gezwungen sehe, und mein bisheriger Haupt-Auftraggeber auch, zur Vermeidung von unnötigen Vorwürfen und Auseinandersetzungen, meine Tätigkeit mit dem Münchner Merkur zu beenden – so schwer es



Annette Ganssmüller-Maluche mit IZB-Geschäftsführer Dr. P. H. Zobel

mir fällt. Die neue Herausforderung reizt mich jedoch sehr, weil ich nicht nur mitreden, sondern aktiv gestalten kann.

WK: Bleibt Ihnen neben Beruf, Politik und Familie noch Zeit für Hobbys, wenn ja für welche?

AGM: Ich spiele leidenschaftlich gern Schafkopf und Skat, gehöre auch dem Skatclub Garching an. Im Moment bleibt dafür kaum Zeit. Ich versuche wenigstens einige Schafkopfreunden zu besuchen. Außerdem habe ich eine Tennisrunde einmal wöchentlich in Kirchheim. Das ist ein Muss. Da ich direkt an der Isar wohne, fahre ich auch viel mit dem Rad, im Sommer regelmäßig ins Landratsamt. Für mein geliebtes Bergwandern bleibt mir leider nicht genügend Freiraum. Und zum Skifahren komme ich diesem Winter sicher nicht. Darauf verzichte ich aber auch künftig gern, wenn ich dafür als Landrätin im Landkreis unterwegs sein darf. (lacht).

WK: Wir danken für das Gespräch und wünschen viel Erfolg!

SPD im Dialog

Die Fragebogenaktion der Planegger SPD zeigte ein differenziertes Bild: Die Beteiligung war mit einem Rücklauf von 2,8 % deutlich geringer als vor 6 Jahren, dafür nutzten diejenigen, die mitgemacht haben, vielfach die Möglichkeit, ihre persönlichen Anliegen vorzubringen. Zu den einzelnen Fragen gab es folgende Antworten: 46% fühlen sich sehr gut, 50% gut und nur 4% weniger gut in unserer Gemeinde. Insgesamt sind die Bürgerinnen und Bürger gut informiert über den Planungsstand der U-Bahnverlängerung, der Ortsmitteplanung Martinsried und der Entwicklung des Bahnhofsgeländes in Planegg. 56% wollen kein weiteres Wachstum der Gemeinde, 44 % können sich ein Wachstum vorstellen. Weitere Gewerbegebiete werden eher kritisch gesehen. Insbesondere in den Kommentaren wird deutlich, dass weiteres Wachstum unbedingt bezahlbaren Wohnraum für Einheimische beinhalten muss, ansonsten lieber kein Wachstum.

Bei den Fragen zu den einzelnen Lebensbereichen gab es viel Zustimmung – schlechte Bewertungen waren in erster Linie beim Thema Verkehr. Auch bei den Radwegen gibt es noch viel zu tun. Bei den Angeboten für SeniorInnen und den Betreuungsmöglichkeiten für SeniorInnen gibt es ein deutliches Informationsdefizit: Obwohl 60% der Befragten über 60 Jahre alt waren, machten 40% bei beiden Punkten ihr Kreuz bei „weiß nicht“. Beteiligt haben sich 65% aus Planegg, 33% aus Martinsried und 2% aus Krailling.

Neben vielen Kommentaren zum Verkehr gab es den Wunsch nach einer Fußgängerzone in Planegg und in Martinsried, nach mehr „Gassstationen“, nach betreutem Wohnen und viele einzelne Anregungen. Zwei Kommentare haben uns besonders gefreut:

„Ich bin froh, in Planegg leben zu können!“

„Ich bin aus dem Stadtgebiet München nach Planegg gezogen und schätze die hohe Wohn- und Lebensqualität in Planegg, welche die Stadt aufgrund des immensen Zuzugs und Wachstums nicht mehr bieten kann. Ich wünsche mir, dass Planegg von der Wachstumswelle des Ballungsraumes München nicht überrollt wird und alle Erweiterungspläne sehr massvoll erfolgen. Nur so kann Planegg seine Stärken erhalten als Wohlfühlgemeinde. Mit der Arbeit der Bürgermeisterin und der Gemeindeverwaltung bin ich ansonsten bisher sehr zufrieden.“

Das ist uns Auftrag und Verpflichtung!

